

Welche Kultur werden wir nach der Pandemie haben?

Zusammenfassung:

Im ersten Teil streift dieses Papier die geopolitische und die gesellschaftspolitische Situation vor allem in Europa seit dem Ausbruch der Coronavirus-Pandemie. Im zweiten Teil werden mögliche Konsequenzen für den kulturellen Sektor auf dem europäischen Kontinent erörtert. Das Papier schließt mit einem Versuch darüber, welche Rolle die Kultur in der post-pandemischen Gesellschaft spielen könnte.

Anmerkungen zur geopolitischen Situation:

Nachdem im letzten Winter die erste (und hoffentlich einzige) Welle der Epidemie über Asien/Australien hinweggegangen ist (mit China und Hubei als Zentrum), ist diese Welle ab Mitte Februar über Europa und Ende März über die amerikanischen Kontinente und Afrika hereingebrochen. Das zeitlich verschobene Szenario hat starke Auswirkungen darauf gehabt, wie globale Organisationen (zum Beispiel die WHO), Regierungen und generell öffentliche und private Institutionen sowie Medien mit der wachsenden Pandemie umgegangen sind. Zum gegenwärtigen Stand ist davon auszugehen, dass der Virus zwar zuerst in China ausgebrochen ist, jedoch das strikte Durchgreifen der Behörden dort auch zu einer rascheren Bekämpfung geführt haben (wenn man den Informationen aus und über China Glauben schenken will). Daher hat sich China als nationaler Coronavirus-Experte qualifiziert und ist bald dazu übergegangen, diese Softpower auch gegenüber westlichen Ländern (Italien etc.) spielen zu lassen. Zudem ist davon auszugehen, dass zwar auch die chinesische Wirtschaft stark betroffen ist, sich jedoch rascher und stärker als die westlichen (und die japanische und südkoreanische) Wirtschaft erholt haben wird. Paradoxerweise könnte China am Ende der Krise seine globale Position als Wirtschafts- und Softpowerhouse zementiert haben:

Genau aus dieser Richtung kommt vermutlich auch die vehemente Kritik der USA an China. Generell ist zu beobachten, dass sich die USA mehr und mehr isoliert haben. Es hat z.B. in vielen zentralen Fragen zunächst keinerlei Abstimmung zwischen den USA und den Partnern in Europa gegeben.

Grundsätzlich wird allerdings davon ausgegangen, dass staatliche (und an sich auch nichtstaatliche) Kooperation weltweit besser als in anderen Krisensituationen funktioniert hat. Die (wie ich finde) problematische Rhetorik einiger führender Staatsmänner (nicht: -frauen), die die Pandemie mit einem Krieg verglichen hat, mit dem Virus als dem Gegner, den es zu bekämpfen gilt, beschreibt beiläufig die intellektuelle Herausforderung.

Auch innerhalb Europas hat es anfangs an Koordination und Kooperation

gemangelt. Die latenten wirtschaftlichen und kulturellen Unterschiede vor allem zwischen dem „lateinischen“ Europa und dem „protestantisch-nordeuropäischen“ Europa sind wieder einmal deutlich geworden (siehe Euro-Krise). Ebenso hat Russland eine eigene, wenig kooperative Rolle in der Bewältigung gespielt (abgesehen von Marketing-Aktionen wie die beiden Flugzeuge nach Italien und USA mit Hilfsmaterial).

Trotzdem hat insbesondere die EU bald zu einer koordinierten Politik zurückgefunden und sich von Alleingängen wie Ungarn distanziert (den Sonderfall Schweden lasse ich hier mal beiseite). Der Konflikt wegen der Hilfen und Kosten („Eurobonds“) sitzt jedoch tief. Die meisten Länder haben einen hohen Tribut gezahlt und erwarten massive Rezession. Generell ist auch zu beobachten, dass trotz des liberalen Warenverkehrs die Länder bereits jetzt und vermutlich in Zukunft stärker auf Unabhängigkeit von Importen bauen (zum Beispiel in den Bereichen der Pharmazie). Es wird sich erweisen müssen, ob dies zu neuen Grenzen und einer Entfremdung der nationalen Gesellschaften führen wird.

Die Länder Afrikas und Südamerikas (und teilweise Asiens) sind langfristig von der Krise am stärksten betroffen, weil ihnen einerseits die Ressourcen und Strukturen für eine durchgreifende Bekämpfung fehlen, andererseits die Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit mit den westlichen Staaten und China schrumpfen werden. Nachdem der Impfstoff verfügbar sein wird, muss sich zeigen, wie groß die Solidarität zwischen den Schachen und den Starken der Völkergemeinschaft ist.

Somit werden die traditionellen Spannungen zwischen Ost und West und Nord und Süd sowohl global, als auch innerhalb Europas weiter deutlich zunehmen. Es ist (sicherlich auch in Europa) mit erneut wachsendem religiösen Fundamentalismus und nationalistischen Populismus zu rechnen. Die UN-Millenniumsziele, bei deren Formulierung europäische Staaten eine zentrale Rolle gespielt haben, werden aufgrund der neuen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Prioritäten in den Hintergrund treten.

Anmerkungen zur gesellschaftspolitischen Situation:

Die oben beschriebenen, nahezu ausschließlich risikobehafteten Konsequenzen der Krise werden tiefe Spuren in unserer Gesellschaft hinterlassen. Die Sorge um die Zukunft von Demokratie und Meinungsfreiheit ist ebenso groß und berechtigt wie die um sozialen Ausgleich und Solidarität. Nationalistischer Populismus, Separatismus, Kultur-Essentialismus, Lokalismus und Anti-Globalismus sind einige der aktuellen Trends, die sich verstärken. Die eingeschränkte Tätigkeit von Parlamenten zum Beispiel führt bereits jetzt zu einer Konzentration von behördliche und exekutive Verantwortung, die nicht

immer und überall demokratisch gedeckt ist.

Zugleich beobachten wir die Akkumulation von noch mehr Macht in den Händen anonymer Multis, insbesondere im Bereich der pharmazeutischen Industrie und im Bereich der digitalen und IT-Wirtschaft sowie den Privat-Investoren a la Buffett und Gates.

Eine Rückkehr zum sozialen Alltag vor dem Virus erscheint inzwischen unmöglich. Soziale und existentielle Ängste grassieren und beherrschen die öffentliche Kommunikation. Vielen Medien gelingt es in Anbetracht von Informationsbetrug und Fake News oft nicht mehr, ihre gesellschaftliche Verantwortung (ausgewogene, objektive Berichterstattung) zu übernehmen. In den Sozialen Medien herrscht bunte Meinungshuberei. Der öffentliche Raum als die Agora der Gesellschaft wird weiter und mit größerem Tempo virtualisiert. Die Abwanderung immer größerer Lebensbereiche (Information, Kommerz, Unterhaltung, Dienstleistungen, aber auch Kultur) stimmt bedenklich. Dritte Orte werden nach der Krise nur unter großen Einschränkungen wiederbelebt respektive neu geschaffen werden können. Der globale kulturelle Austausch wird weiter entschleunigt werden, zugunsten des Lokalen, Regionalen, Nationalen. Grenzen werden – auch in der Kultur - wieder eine größere Rolle spielen.

Bei aller Alarmbereitschaft gibt es jedoch auch positive Trends: Die Menschen nahezu überall auf der Welt haben rationalen Argumentationen und Bewältigungskonzepten mehr vertraut als den Einflüsterern von Verschwörungstheorien oder religiösem Fanatismus oder New Age-Eskapismus. Sie haben in der Regel Solidarität und Verantwortung für sich selbst und andere gezeigt. Regierungen haben nach verständlicher Unsicherheit in der Regel entschlossen gehandelt.

Insbesondere Frauen haben große Leadership-Qualitäten bewiesen (siehe auch Einschätzung globaler Institutionen wie der WHO zu diesem Thema). Der Diskurs über die Behebung der Krise ist bislang weitgehend transparent und von Experten geführt worden.

Die heutigen Kommunikationstechnologien haben es ermöglicht, dass Menschen die aktuellen Trends der Ausbreitung und der Bekämpfung des Virus überall auf der Welt haben verfolgen können.

Auch im Bereich der Kultur haben sich rasch Krisenbündnisse, Aktionsgemeinschaften gefunden. Viele Kulturschaffende haben dazu beigetragen, dass Menschen in Zeiten sozialer Isolation haben miteinander kommunizieren können. Unter den „coronavirus-heroes“ von Politico-eu z.B. tauchen auch Kulturschaffende auf.

Sicherlich wird sich nun ein Markt der Ideen bilden, um zu eruieren, wie damit umzugehen ist. Diesen Markt zu beobachten und mit zu beeinflussen kann interessant sein. Trends werden sich sicherlich bereits in den kommenden Wochen ablesen lassen, wenn die Paralyse einer neuen Sachlichkeit weicht.

Zusammenfassung erwartbarer Konsequenzen in Europa:

Die kulturellen Konsequenzen müssen in Zusammenhang mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen betrachtet werden.

Bisherige Entwicklungen lassen folgende Trends erkennen:

-i) Es besteht in hohes Maß an sozialer Angst und Unsicherheit, auch provoziert durch die düsteren Prognosen der Experten (von Virologen bis Wirtschaftsweisen).

-ii) Zu erwarten sind dramatische Wirtschaftseinbrüche und erwartbare Staatsverschuldungen.

iii) Es kommt zu einem adhoc-Regieren von Nationalstaaten. Taktisches Agieren, im Grunde gilt im Moment: „Durchhalten, bis der Impfstoff da ist“.

iv) Beobachtet wird ein momentanes Anwachsen von exekutiver Macht zu Ungunsten der Legislative, ohne vorhersehbare Szenarien für die Zeit nach Einführung eines Impfstoffes.

v) Außerdem beobachtet wird/werden:

- eine temporäre Einschränkung von individuellen und institutionellen sozialen Rechten.

- eine wachsende Wiedererstarkung nationaler Institutionen und Ressourcen. (Viele EU-Staaten demonstrieren derzeit teilweise politischen und wirtschaftlichen Protektionismus. Die Zukunft der in den letzten Jahren gewachsenen europäischen Identität, insbesondere dank einer zunehmenden Vernetzung von Wirtschaft und Gesellschaft entstanden, ist ungewiss.)

- erneute Spannungen zwischen Nord und Süd in Europa, Furcht vor einer virtuellen „Troika“-Dominanz a la Euro-Krise, unterschwellig Sympathien für eine „lateinische Allianz“ innerhalb der EU (Frankreich, Italien, Spanien) gegenüber den protestantischen Nordstaaten (Skandinavien, Deutschland, Benelux).

- ein neuer Eurozentrismus wegen des wachsenden Isolationismus der USA und der wachsenden chinesischen Übermacht.

- eine neue Welle der Xenophonie und des Populismus (Verschwörungstheorien).

- eine politische Neuordnung von strategischen gesellschaftlichen Zielen, wobei Aspekte wie Migration und Klimaschutz zugunsten der Sanierung der Haushalte, von Sozialbereich und Gesundheitswesen im Vordergrund stehen werden.

- ein wachsender Lokalismus gegenüber den (negativ bewerteten) Einflüssen wirtschaftlicher und kultureller Globalisierung.
- eine Abnahme der (vor allem interkontinental orientierten) Reiselust, Reduktion von Reisetätigkeit auch aus beruflichen Gründen.
- eine Beschleunigung des Fortschreitens virtueller Kommunikation gegenüber derjenigen im analogen Raum.
- Restriktionen des Lebens im öffentlichen Raum mit Auswirkungen auf das zivilgesellschaftliche Miteinander und das Veranstaltungswesen.

Welche Auswirkungen haben diese gesamtgesellschaftlichen Trends auf die Kultur in Europa?

i) Zu erwarten ist eine tiefe und langfristige Krise der Kulturfinanzierung. Einige europäische Regierungen haben Hilfsprogramme für Kulturschaffende und -institutionen aufgelegt oder angekündigt. Hierzu gehören auch soziale Begünstigungen und Erleichterungen. Nichtsdestotrotz ist davon auszugehen, dass angesichts der vielen aktuellen öffentlichen Hilfsprogramme die Staatsverschuldung (und die der kleineren Gebietskörperschaften) immens ausfallen wird. Daraus muss eine massive Korrektur der Kulturfinanzierung nach unten resultieren. Die Dauer und Auswirkungen dieser Korrektur sind schwer vorhersehbar. Zu erwarten sind aber: Arbeitslosigkeit, Ausdünnung der Kulturlandschaft, Entfremdung von Kultur und Gesellschaft, Rückgang von Produktion, Rezeption und der sozialen Effekte von Kultur und kultureller Bildung.

ii) Zu erwarten ist eine intensive Debatte darüber, welche Rolle Kultur in unserer Gesellschaft spielen kann, insbesondere angesichts eines temporären Zusammenbruchs der lebensnotwendigen Verbindung zwischen Produzenten und Rezipienten/Konsumenten.

Ich halte dies für einen positiven Aspekt. Vor dem Hintergrund der Frage nach der Reformfähigkeit der Kulturlandschaft und zu einem neuen Kulturauftrag ist diese Debatte ohnehin dringend notwendig.

iii) Zu erwarten ist ein Trend der Lokalisierung und ggf. auch der Regionalisierung und Nationalisierung von Kulturarbeit.

Kultur kann als ein Instrument der Grenzüberschreitung und der Entwicklung hybrider kultureller Identitäten verstanden werden. Insbesondere in Europa ist Kultur eine Technik geworden, mit deren Hilfe sich Menschen unterschiedlicher nationaler Herkunft voneinander unterscheiden, aber sich ebenso im kulturellen Austausch über politische oder sprachliche Grenzen hinweg verständigen. Derzeit werden Grenzen neu errichtet. Selbst wenn politische, nationale Grenzen sich in Europa demnächst wieder öffnen werden, ist mit langfristigen Abgrenzungsmechanismen zu rechnen. Dies spielt den

Populisten in unserer Gesellschaft in die Hände. In diesem Zusammenhang wird es wichtiger denn je werden, dass sich Kulturschaffende und Kultureinrichtungen neben der lokalen Sprache der Lingua Franca innerhalb Europas, in ihrer Kommunikation des Englischen, bedienen.

iv) Künstler, Kulturschaffende und Kulturinstitutionen werden sich kreativ mit den Konsequenzen auseinandersetzen und nach ihrer Rolle in der sich verändernden Gesellschaft fragen. Siehe dazu auch ii).

Diese Entwicklung ist aus meiner Sicht sehr zu begrüßen. Im Grunde ist sie bereits während der Krise im Gange. Jedoch sollte man sich nicht der Illusion hingeben, dass der aktuelle Geist der Solidarität vorhält. Am Ende wird es einen Kampf um Ressourcen geben, in denen nicht Innovation und Kooperation, sondern gnadenloser Wettbewerb im Mittelpunkt stehen könnten. Die Frage danach, wie dieser aktuelle Diskurs, dieses Nachdenken über die Rolle von Kultur und Kunst, aussehen können, scheint mir besonders wichtig zu sein. Hier kann mutige und entschlossene Stadtpolitik ein Vorreiter dafür sein, entsprechende europäische Diskussionsangebote und Plattformen zu schaffen.

v) Vorstellbar sind engagierte Solidaritäten unter europäischen Kulturschaffenden und -institutionen gegen das Rollback in ihren Ländern. Siehe dazu auch iv). Damit der Diskurs nicht ausschließlich auf der natürlich besonders relevanten nationalen Ebene geführt wird, bedarf es eines stabilen und flexiblen internationalen (europäischen) Netzwerks, um Diskussionsangebote und Plattformen auf einer Ebene jenseits politischer und volkswirtschaftlicher Grenzen zu schaffen. Welche Rolle die EU dabei spielen kann, ist ungewiss. Die bisherigen Verlautbarungen der EU-Kommission lassen in dieser Hinsicht keine Priorität erkennen. Unter vielen Kulturschaffenden gelten die Institutionen der EU eher als bürokratisch und wenig kreativitätsfördernd. Hingegen haben unabhängige Plattformen wie die schon erwähnte CultureActionEurope, die Manifesta, re:publica, AIM oder curators-network eine wichtige Funktion in der Förderung von unbürokratischer und inhaltlich orientierter Kooperation von Kulturschaffenden und -institutionen sowie beim Wissenstransfer, der im Zusammenhang mit der Bewältigung der Krise notwendig sein wird.

vi) Zu befürchten ist ein teilweiser Rückzug des Staates aus der bisherigen Kulturförderung und möglicherweise eine stärkere Bevormundung des Staates gegenüber der Kultur.

Die öffentliche Kultur, von Schließungen, Arbeitslosigkeit und Bedeutungsverlust bedroht, ist damit auch der Gefahr ausgesetzt, staatliches Obrigkeitsdenken und -handeln zu akzeptieren. Die Frage: Wie schützen wir die Freiheit und Selbstverantwortung der Kultur?

vii) Aus dieser Frage sollten neue Strategien zur Partizipation und Selbstbestimmung innerhalb lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Kulturarbeit erwachsen.

viii) Es wird eine neue Wertebestimmung von Digitalität respektive Virtualität in der Kulturarbeit allgemein erfolgen: der virtuelle Raum nicht allein als Kommunikationsträger, sondern als der zum analogen alternative öffentliche Raum, in dem sich Kulturarbeit ebenso überzeugend ereignet wie in der analogen Welt und in dem sich Produzenten und Rezipienten/Konsumenten vielfältig und innovativ austauschen.

Digitalität als essentielle Erscheinungsform aller Arten von Kultur. Diejenigen Kulturschaffenden und -institutionen, denen frühzeitig und überzeugend eine digitale Präsenz gelingt, die eine essentielle Alternative zur analogen Präsenz darstellt, werden die Trendsetter bei der Neubestimmung der Rolle von Kunst und Kultur in der Gesellschaft sein. In diesem Zusammenhang wird sich zeigen müssen, ob kleine, mittlere und selbst national relevante Akteure gegenüber globalen Anbietern wie Netflix oder Amazon Autonomie und Kooperationsbereitschaft entwickeln können. Die Lingua Franca, das Englische, wird ein noch wichtigeres Instrument werden, um die Kommunikation der europäischen Netzwerke aber auch zwischen den Kulturschaffenden und -rezipienten über den nationalen Tellerrand hinaus zu verstärken.

ix) Der inhaltliche Mainstream wird mehr Bedarf an traditioneller Kunst, weniger an inhaltlichem und kommunikativem Experiment entwickeln, es wird einen stärkeren lokalen Fokus in der Kulturarbeit geben, zu Ungunsten internationaler Kulturarbeit.

x) Kulturelle Bildung wird in starkem Masse digitale Bildung sein. Auch hier wird es starke Konkurrenz seitens globaler Anbieter geben. Amazon bietet bereits ein breites Programm von online-Kursen an, die auch Programmierung und Softwareentwicklung beinhalten. Warum sollte Amazon nicht irgendwann zu Programmangeboten für Sprache und Kultur übergehen wollen?

xi) Im Rahmen der EU werden vor allem kulturelle Projekte gefördert werden, die den obigen Trends gegensteuern. Pandemie-bezogene Themen (zum Beispiel häusliche Gewalt, historische Pandemien, Solidarität in internationalen Notsituationen) werden im Vordergrund stehen.

xii) Kultur könnte in erster Linie als Wissenschaft und Forschung, Jugend und Sport gefördert werden, der Anteil der Kunst könnte zurückgehen, weil als weniger relevant betrachtet.

xiii) Kommerzielle (oft globale) Anbieter von Kultur werden den jeweiligen Akteuren lokaler Kulturlandschaft(en) eine harte Konkurrenz bescheren. In diesem Zusammenhang wird sich erweisen müssen, ob lokale, nicht-globale Kulturproduzenten im lokalen und physischen öffentlichen Raum überzeugen

und zugleich den digitalen Multis im virtuellen Raum Alternativangebote entgegenstellen können und neue virtuelle Allianzen schaffen.

xiv) Zwischen institutionalisierter und freier Kunst wird ein harter Überlebenskampf zu befürchten sein. Innovative Kulturpolitik wird vor allem dafür sorgen müssen, dass Tradition und Institution nicht das Neue, Alternative und Nicht-Institutionalisierte an den Rand drängen.

xv) Der Trend zur Marginalisierung und Spezialisierung der Medienbeobachtung könnte sich deutlich verschärfen. Fake News, Informationsbetrug, Kommerzialisierung und Freiheitsbeschränkung sind die Herausforderungen, denen Medien ausgesetzt sind und nun erst recht ausgesetzt sein werden. Es steht zu befürchten, dass eine professionelle, kulturförderliche Kommunikation über Kultur seltener wird. Kulturschaffende und -institutionen werden noch mehr als bisher für ihre eigene Kommunikationsstrategie sorgen müssen.

Abschließendes und (notgedrungen doch) vorläufiges Resümee:

Die aktuelle Pandemie wird alle Lebensbereiche verändern, dauerhaft. Kritische Stimmen sagen derzeit, so hätte es nicht weitergehen können. Wolfgang Schäuble beispielsweise vermutet, wir hätten viele Dinge in der jüngsten Vergangenheit übertrieben. Wie bei historischen Pandemien kommt ein Gefühl der Bestrafung für menschliche Sünden auf. Solange sich dieses Gefühl nicht zu Zwecken von Populismus und Fundamentalismus manipulieren lässt, muss man sich darüber vielleicht keine Sorgen machen.

Dennoch steht meines Erachtens derzeit das rationalistische Weltbild unserer postmodernen Epoche infrage. In welche Richtung kulturelle und soziale Werte verschoben werden, lässt sich aktuell nicht vorhersagen. Doch wird es eine Verschiebung geben. Im Grunde nehmen wir derzeit wahr, wie bestimmte Trends, die sich bereits angekündigt hatten (neue Grenzen, anonyme Globalisierung, Digitalisierung/Virtualisierung) verstärkt werden. Man könnte Wolfgang Schäuble daher auch entgegenen, dass wir zwar manche Dinge übertrieben haben mögen, andere Dinge aber untertrieben haben und nun mit dem Mangel an jenen Dingen, die wir untertrieben haben, leben bzw. diesen Mangel ausgleichen müssen.

Wenn materielle Ressourcen (und deren Knappheit) in den kommenden Monaten und Jahren den Diskurs über die Zukunft unserer Zivilisation dominieren sollten, dann steht zu befürchten, dass die freiheitlich-demokratischen Grundrechte unserer Gesellschaft stärker als bisher bedroht werden könnten. Auch wenn das Zitat nicht gesichert und vielleicht nicht besonders populär ist, möchte ich es anfügen: „Leute, die sich mit ihrer Freiheit ein bisschen Sicherheit erkaufen wollen, verdienen weder die eine

noch die andere.“ (Benjamin Franklin).

Kultur ist bislang ein wesentliches Instrument gewesen, um diese – genuin europäischen – demokratischen Grundrechte zu verteidigen und zu fördern. In schwierigen Zeiten haben Kulturschaffende und -institutionen selbstverantwortlich entscheiden müssen, ob sie mit den Wölfen heulen und sich dem Druck von Populismus und Fundamentalismus unterwerfen, oder ob sie eine alternative Weltsicht vermitteln und verkörpern, in der die Werte von Freiheit, Multikulturalität, Menschenwürde etc. souverän vertreten und weiterentwickelt werden. Die Jahre 2020/21 werden zeigen, welche Richtung die Kultur in Europa einschlagen wird.

Aller Herausforderungen zum Trotz gibt es gute Gründe, auf die Robustheit der europäischen Kultur zu bauen. Es mag paradox klingen, aber es ist eine schlichte Tatsache: Wir gehen viele Jahrzehnte in der Weltgeschichte zurück, um die aktuelle Krise mit früheren dramatischen Zuspitzungen zu vergleichen. Dieser Umstand macht auch deutlich, dass vor allem Europa eine lange Phase relativer Stabilität erlebt hat. Die Kultur des heutigen Europas ist Ergebnis dieser Stabilität. Was immer mit unserer Gesellschaft in den kommenden Jahren passieren mag, es ist schwer vorstellbar, dass die europäische Kultur nicht eine maßgebliche Triebkraft unserer Gesellschaft bleiben wird.

Michael Schindhelm, Anfang Mai 2020